

Postulat von Aurelia Favre (SP, Winterthur), Heidi Müller (GP, Schlieren)
und Ruedi Keller (SP, Hochfelden)
betreffend Berufsberatung für jugendliche Arbeitslose
und Finanzierung zusätzlicher Ausbildungen

Der Regierungsrat wird eingeladen, ein Modell zu erarbeiten, mit dem Ziel, dass jugendliche Arbeitslose durch die Berufsberatungsstellen unentgeltlich zu beraten sind, insbesondere im Hinblick auf Weiterbildung und Zweitausbildungen. Für zusätzliche Ausbildungen, Sprachaufenthalte, Praktiken etc., sind die notwendigen finanziellen Mittel, soweit sie nicht durch die Arbeitslosenkassen oder den Arbeitslosenfonds finanziert werden können, in Form kantonaler Stipendien zu gewähren.

Aurelia Favre
Heidi Müller
Ruedi Keller

Begründung:

Jugendliche Arbeitslose, die nie oder nur kurzfristig berufstätig sein konnten, sind besonders gefährdet. Statt Untätigkeit, auch bezahlter in Form von Stempelgeld, sind Weiterbildung, Zweitausbildungen, Sprachaufenthalte, Praktiken etc. geeignet, die Berufsaussichten der Jugendlichen zu verbessern und ein Absinken in Resignation zu verhindern.

Nicht alle Arbeitsämter sind heute in der Lage, die Arbeitslosen qualifiziert zu beraten. Diese Aufgabe ist deshalb durch die Berufsberatungsstellen zu übernehmen. Arbeitslosen Jugendlichen ist systematisch eine qualifizierte Beratung anzubieten. Die Beratung muss auch die Finanzierung von Qualifizierungsaktivitäten umfassen.